

Gemeinde Südlohn

Niederschrift über die Sitzung

des: Rates
vom: Mittwoch, 08. Februar 2006

VIII. Sitzungsperiode / 12. Sitzung

Ort: Sitzungssaal des Rathauses im OT Oeding
Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.00 Uhr

Anwesenheit:

- | | | | | |
|------|-----------------|-----|-------------------------|-----------------|
| I. | Vorsitz: | 1. | Bürgermeister Beckmann | |
| II. | Ratsmitglieder: | 2. | Bonse-Geuking, Anette | |
| | | 3. | Bone-Hedwig, Maria | |
| | | 4. | Bischof , Josef | |
| | | 5. | Dapper, Monika | |
| | | 6. | Engbers, Frank | |
| | | 7. | Frieling, Hermann-Josef | |
| | | 8. | Lüdiger, Karlheinz | |
| | | 9. | Geuking, Bernhard | (nur öff. Teil) |
| | | 10. | Mürmann, Anneliese | |
| | | 11. | Osterholt, Günter | |
| | | 12. | Pass, Wilhelm | |
| | | 13. | Plewa, Ingo | |
| | | 14. | Rathmer, Norbert | |
| | | 15. | Battefeld, Jörg | |
| | | 16. | Bergup, Günter | |
| | | 17. | Gröting, Ludger | |
| | | 18. | Große Venhaus, Franz | |
| | | 19. | Sievers, Alfons | |
| | | 20. | Brüning, Hans | |
| | | 21. | Schmeing, Manfred | |
| | | 22. | Stödtke, Rolf | |
| | | 23. | Schlechter, Jörg | |
| | | 24. | Schleif, Josef | |
| | | 25. | Vedder, Christian | (ab TOP I.3.1) |
| III. | Entschuldigt: | 1. | Harmeling, Thomas | |
| | | 2. | Kahmen, Alois | |
| IV. | Ferner: | 1. | AL 01/32 – Schlottbom | |
| | | 2. | AL 20 – Wilmers | |
| | | 3. | AL 60 – Vahlmann | |

Der Bürgermeister (**BM**) stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund eines vorliegenden gemeinsamen Antrages aller im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen betr. Bleiberecht für die Familie Berisha schlägt der **BM** vor, die Tagesordnung zu erweitern und als neuen TOP I.2. aufzunehmen.

Aufgrund der Dringlichkeit soll die Tagesordnung ferner erweitert werden um:

TOP I.9 - 18. Änderung des Flächennutzungsplanes (Tisch-Vorlage Nr. 80220)

TOP I.10 - 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a (Tisch-Vorlage-Nr. 80221)

Die bisherigen Tagesordnungspunkte rücken entsprechend auf. Diesen Vorschlägen wird zugestimmt.

Weitere Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht, so dass diese festgestellt wird.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.12.2005

RM Brüning macht darauf aufmerksam, dass er, wie der Niederschrift zu entnehmen ist, in der Sitzung anwesend war. Er ist jedoch Seite 1 der Niederschrift nicht als anwesend vermerkt. Das **RM Battefeld** ist hier doppelt aufgeführt, war in der Sitzung jedoch nicht anwesend. Eine entsprechende Korrektur wird zugesagt.

Beschluss:

**22 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.12.2005 wird in der geänderten Fassung genehmigt.

TOP 2: Bleiberecht für die Familie Berisha, Alte Stadtlohner Str. 15, Südlohn

Der kurz vor der Sitzung dem **BM** übergebene gemeinsamer Antrag aller im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen vom 01.02.2006 wird verlesen. Es handelt sich um eine gemeinsame Resolution, mit der der Gemeinderat an die Ausländerbehörde des Kreises Borken und an das Innenministerium des Landes NRW appelliert, aus humanitären Gründen von einer Abschiebung der Familie Berisha abzusehen und ihr ein Bleiberecht einzuräumen.

Vor der Beratung erinnert der **BM** daran, dass nicht nur die Familie Berisha, sondern auch andere asylbegehrende Familien und Personen von einer möglichen Abschiebung betroffen sind.

Beschluss:

Einstimmig

Der **Gemeinderat** beschließt die vorgelegte gemeinsame Resolution aller im Gemeinderat vertretenen Parteien zum Bleiberecht für die Familie Berisha. Diese Resolution ist der Ausländerbehörde des Kreises Borken und dem Innenministerium des Landes NRW vorzulegen.

TOP 3: Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (Sitzungsvorlage Nr. 80206)

3.1 Haushaltsplan 2006

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2006 waren vom **BM** in der Sitzung am 14.12.2005 eingebracht worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 18.01.2006 sehr eingehend über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf beraten und verschiedene Änderungsvorschläge erarbeitet. Diese Vorschläge sind inzwischen in den vorliegenden neuen Entwurf eingearbeitet worden, der jedem Ratsmitglied vorliegt.

Die **CDU-Fraktion** lobt in ihrer Stellungnahme die offensive und positive werbliche Darstellung der Gemeinde in den Medien, die nach ihrer Auffassung auch aufgrund der Erkenntnisse der vorliegenden Statistiken begründet ist. Sie dankt in diesem Zusammenhang der Verwaltung für die hierzu geleistete gute Arbeit.

Der positive Jahresabschluss 2005 und die hieraus möglich gewordene weitere Darlehenstilgung sowie Stärkung der gemeindlichen Rücklage wird von der Fraktion unterstützt. Kritisch sieht die **CDU-Fraktion** jedoch die in den gemeindlichen Haushalt einfließenden finanzpolitischen Vorgaben des Bundes und des Landes. So müssen die Schlüsselzuweisungen, die in den Vorjahren kreditiert wurden, jetzt zurückgezahlt werden und beim Thema Hartz-IV wartet die Gemeinde noch immer auf die zugesagte gemeindliche Entlastung. Bei der Gesamtsumme der zu zahlenden Kreis- und Jugendamtsumlagen, die inzwischen rund 1/3 der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ausmachen, sowie bei der Summe der anderen Transferleistungen der Gemeinde sieht die Fraktion inzwischen die finanzielle Schmerzgrenze erreicht.

Eigene Spielräume konnte sich die Gemeinde jedoch durch die erfolgte Gründung des Grundstücks- und Immobilienbetriebes, den Beitritt zur Kommunalen Dienstleistungsgesellschaft und durch das Gemeindemarketing verschaffen. Hierdurch wurde die Gemeinde in die Lage versetzt, durch ein umfassendes Grundstücksangebot Vorsorge für die nächsten 10 Jahre zu schaffen und den Haushalt bei der Vergabe von Bauleistungen spürbar zu entlasten. Die Fraktion unterstützt alle Bemühungen zur Fortsetzung des Gemeindemarketingprozesses, wenngleich dieser Prozess nicht allein von der Gemeinde, sondern nur im Zusammenwirken mit den anderen Beteiligten Erfolg verspricht.

Sie appelliert an alle Kräfte im Gemeinderat, die Chancen für die weitere gemeindliche Entwicklung sowie auf Zuteilung von Landesmitteln gemeinsam zu nutzen. Die im Haushalt dargestellten Baumaßnahmen und Planungen zeigen hier den richtigen Weg. Neben diesen infrastrukturellen Maßnahmen genießen Bildungsprojekte im Bereich der Schulen und Kindergärten höchste Priorität. Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe. Diese soll durch die vorgesehene Gründung einer Bürgerstiftung weiter gestärkt werden.

Insgesamt sieht die Fraktion die Gemeinde auf einem guten Weg und stimmt daher dem Haushalt 2006 uneingeschränkt zu.

Die **UWG-Fraktion** sieht sich in großen Teilen einig mit der Einschätzung der **CDU-Fraktion** und wird dem Haushalt, nicht jedoch dem Investitionsprogramm, zustimmen.

Sie begründet dieses damit, dass die Bereiche Arbeit und Wohnen sowie Familie und Jugend im Haushalt 2006 sinnvoll berücksichtigt werden. Bei allen Problemen im gemeindlichen Haushalt gilt es, die gemeindliche Entwicklung weiter voran zu treiben, da auch Südlohn und Oeding in Konkurrenz zu den Nachbarorten stehen.

Die Fraktion freut sich, dass auch in 2006 die Gemeinde weiterhin Auftraggeber bei verschiedenen Projekten, insbesondere bei der geplanten Modernisierung und Sanierung des Rathauses, auftritt. Bei den Bildungsprojekten in den Kindergärten regt sie weiter an, zu prüfen, ob und inwieweit eine Mitfinanzierung über die Schulpauschale des Landes möglich ist. Ferner erinnert sie an ihren bereits im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Antrag, den desolaten Zustand der gemeindlichen Gehwege kontinuierlich zu verbessern.

Kritisch sieht die Fraktion die Entwicklung der Deponiekosten und damit bei den Abfallgebühren. Als Bürokratieaufweitung wird die neue Regelung bei der überörtlichen Prüfung gewertet. Im Bereich der Abwasserbeseitigung sieht sie weiterhin Einsparmöglichkeiten. Der negative Trend bei den Schulden mit dem höchsten Schuldenstand seit Bestehen der Gemeinde muss gestoppt werden.

Kritisch wird von ihr angemerkt, dass bei der Haushaltsplanberatung kein einziger Sparvorschlag von Seiten der CDU und SPD eingebracht wurde und die Sparvorschläge der UWG nicht angenommen wurden. Eine solide Haushaltswirtschaft sieht sie nämlich als Vorbedingung für eine weitere gute Entwicklung der Gemeinde an.

Auch die **SPD-Fraktion** erklärt, dem Haushalt zustimmen zu wollen, wenngleich manche Punkte im Haushalt nicht ihre Zustimmung erhalten bzw. nicht enthalten sind.

Exemplarisch regt die Fraktion an, im Wege einer Übergangslösung je Ortsteil eine dezentrale Skater-Anlage zu installieren. Sowohl die Kreis- als auch die Jugendamtsumlage wird von der Fraktion ebenfalls als zu hoch angesehen. Durch den Verzicht auf den geplanten Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn/Wenningfeld wäre es nach ihrer Auffassung möglich gewesen, die Kreisumlage zu senken.

Die Bildungsprojekte in den Kindergärten werden von der Fraktion vorbehaltlos mitgetragen. Eine Kontinuität ist hierfür jedoch notwendig. Ebenfalls wird die angedachte Bewerbung der Gemeinde für die Einrichtung eines Familienzentrums unterstützt. Die im Landeshaushalt vorgesehenen finanziellen Mittel reichen wahrscheinlich jedoch nicht für eine direkte Förderung dieser Zentren aus.

Die in einer der vorangegangenen Sitzungen vorgestellten Pestel-Studie hat gezeigt, dass die Gemeinde auf einem guten Weg, z.B. im Bereich des Grundstücksangebotes für Wohnbauvorhaben, ist. In Oeding wird jedoch weiterhin ein erheblicher Bedarf an Pflegeplätzen und nach „Wohnen im Alter“ gesehen. Im Bereich Handwerk und Gewerbe fordert die Fraktion, dass die Gemeinde die ortsansässigen Betriebe nach Kräften unterstützt, um vorhandene Arbeitsplätze zu erhalten. Zugleich muss die Gemeinde durch entsprechende Marketingmaßnahmen so attraktiv werden, dass weitere Unternehmen sich in Südlohn oder Oeding ansiedeln wollen.

Aufgrund der in der Vergangenheit gezeigten Zurückhaltung bei der Beteiligung am agricultura-Projekt sowie der Skulptur Biennale im Kreis Borken wird die Fraktion im nächsten bzw. übernächsten Haushalt anregen, eine Initiative für die Schaffung von Kunst im öffentlichen Raum zu starten.

Abschließend verbindet die Fraktion mit dem Dank an den Kämmerer und den Bürgermeister ihre Freude auf ein spannendes Haushaltsjahr 2006 und einen gemeinsamen Dialog mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien.

Für **RM Schleif** fehlen im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2006 dringend notwendige Investitionen zur Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit für den Bürger, wie z. B. für Gehwegsanierungen, Bordsteinabsenkungen. Die Haushaltsmittel für den Aus- und Neubau von Wirtschaftswegen sind zu gering.

Die vom Kreis Borken bereitgestellten Haushaltsmittel für die Erweiterung des Flugplatzes Stadtlohn/Wenningfeld hätten sinnvoller zur weiteren Mitfinanzierung von Maßnahmen des ÖPNV und damit für die Taxibusverbindung Südlohn-Oeding eingesetzt werden sollen.

Die Jahresrechnung hat gezeigt, dass sein Anfang 2005 gestellter Antrag, den Haushaltsansatz für die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen, um damit andere Maßnahmen zu finanzieren, richtig war. Denn die Einnahmen sind jetzt erheblich höher ausgefallen. Nach seiner Einschätzung werden auch in 2006 die tatsächlichen Einnahmen weit über dem Ansatz liegen.

Kritik übt **RM Schleif** daran, dass Anträge der Opposition von der Mehrheitsfraktion, obgleich mit sehr geringen finanziellen Auswirkungen verbunden, ohne intensive Begründung abgelehnt werden. Stattdessen wurden Mehrausgaben in Höhe von rd. 3,2 Mio. € problemlos beschlossen. Er fordert in diesem Zusammenhang ein Umdenken hin zu einem konstruktiven Miteinander im Gemeinderat bei der Behandlung von Anträgen der Opposition.

Im Bereich des Gemeindemarketings wird von ihm kritisiert, dass Gelder bereitgestellt werden, obwohl keine klaren Zielvereinbarungen vorliegen und Erfolgskontrollen fehlen. Die Anträge der **CDU-Fraktion** im Bereich der Bildung werden von ihm als konzeptlos und nebulös beurteilt. Er dankt dem Kämmerer für die gute Arbeit und regt an, eine Nutzen-Kosten-Analyse für die Einrichtung eines eigenen Wertstoffhofes aufzustellen. Gleichfalls bittet er um Vorlage der möglichen Vor- und Nachteile, die sich mit einem eventuellen weiteren Vorziehen der NKF-Einführung für die Gemeinde ergeben würden.

Insgesamt stimmt er aus den erklärten Gründen dem Haushalt nicht zu.

Mit Blick auf die finanzielle Lage und den Schuldenstand appelliert **RM Schlechter** dringend an Rat und Verwaltung, nicht nur bauliche Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, sondern sich in den nächsten Jahren schwerpunktmäßig mit der Sanierung des gemeindlichen Haushaltes zu befassen, da anderenfalls die Gemeinde in die Haushaltssicherung rutscht.

Da keine Angaben vorliegen, wie mittelfristig die Gemeinde aus der bestehenden Schuldenfalle herauskommen will und auch keine weiteren Perspektiven erkennbar sind, lehnt er den Haushalt 2006 ab.

Beschluss:

**23 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen**

1. Die Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.01.06 zum Entwurf des Haushaltsplanes 2006 werden zu Beschlüssen des Rates erhoben.
2. Dem Haushaltsplan 2006 in der vorliegenden geänderten Fassung wird damit zugestimmt.

3.2 Haushaltssatzung 2006

Beschluss: **23 Ja-Stimmen**
2 Nein-Stimmen

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Z. gültigen Fassung wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 wird
im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	11.371.510 €
in der Ausgabe auf	11.371.510 €

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	3.366.910 €
in der Ausgabe auf	3.366.910 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushaltes (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

773.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

923.000 €

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.000.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 381 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer | |
| | nach dem Gewerbeertrag auf | 403 v.H. |

Die Angabe der Hebesätze hat nur deklaratorische Bedeutung, da die Steuersätze in der Hebesatz-Satzung festgesetzt werden.

TOP 4: Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm für die Jahre 2005 - 2009

Beschluss: **18 Ja-Stimmen**
7 Nein-Stimmen

Das Investitionsprogramm 2005 – 2009 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 5: Beratung und Beschlussfassung über den Stellenplan für das Jahr 2006

Beschluss: **24 Ja-Stimmen**
1 Enthaltung

Der Stellenplan 2006 wird in der geänderten Fassung beschlossen.

TOP 6: Kenntnisnahme des Finanzplanes für die Jahre 2005 – 2009

Der Finanzplan wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

TOP 7: Stellplatzverpflichtung für die Nutzung eines Ladenlokals in eine Pizzeria in Südlohn, Kirchplatz 7 (Sitzungsvorlage Nr. 80219)

Ergänzend wird mitgeteilt, dass der Erwerb der benötigten Grundstücksfläche inzwischen erfolgt ist und der Gemeinde der entsprechende Kaufvertrag vorliegt.

Beschluss: **Einstimmig**

Dem Antrag des Bauherrn zur Auflösung des Ablösungsvertrages vom 15.09.05 und Rückzahlung der bereits geleisteten Ratenzahlungen wird zugestimmt. Die Auflösung des Vertrages und die Rückzahlung erfolgt, sobald die Stellplätze an der Ringstraße fertig gestellt sind.

TOP 8: Neuwahl der Ausschussmitglieder der Gruppe C des Wasser- und Bodenverbandes Kalkbach (Sitzungsvorlage Nr. 80217)

Beschluss: **Einstimmig**

Als Ausschussmitglieder der von der Gemeinde Südlohn zu benennenden Vertreter der Gruppe C für den Wasser- und Bodenverband „Kalkbach“ werden gewählt:

1. Herr Alfons Kemper, Wienkamp rechts 13, 46354 Südlohn
Stellvertreter: Herr Günter Picker, Venn 11, 46354 Südlohn
2. Herr Josef Leiting, Wienkamp links 18, 46354 Südlohn
Herr Robert Ellerkamp, Venn 28, 46354 Südlohn

TOP 9: 18. Änderung des Flächennutzungsplanes - Änderungsbereiche 3, 7 und 8 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses (Tischsitzungsvorlage Nr. 80220)

Beschluss: Einstimmig

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt die Änderung und Erweiterung der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes um folgende Bereiche:

lfd. Nr.	Bisherige Darstellung	Zukünftige Darstellung
3	Gewerbliche Baufläche	Sonderbaufläche
7	Gewerbliche Baufläche	Wohnbaufläche
8	Gemischte Baufläche	Wohnbaufläche

2. Die Beteiligung der Bürger gem. § 3 I BauGB (vorgezogene Bürgerbeteiligung) soll in Form einer Bürgerversammlung erfolgen. Die öffentliche Auslegung erfolgt gem. § 3 II BauGB.
3. Die Änderung des Aufstellungsbeschlusses ist gem. § 2 I BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 10: 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 a „Gewerbe- und Industriegebiet westlich der Vredener Straße“ in Oeding – Änderung des Aufstellungsbeschlusses (Tischsitzungsvorlage Nr. 80221)

Beschluss: Einstimmig

1. Der Rat der Gemeinde Südlohn beschließt gem. § 2 I BauGB die Änderung und Erweiterung des Aufstellungsbeschlusses zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15a „Gewerbe- und Industriegebiet westlich der Vredener Straße“ in Oeding. Der Änderungsbereich umfasst nun die Parzellen Gemarkung Oeding, Flur 6, Nr. 146, 147, 155, 483, 494, 603, 727, 728, 974, 979, 1094, 1180, 1668-1672, 1840, 1953, 1961, 1983 tlw., 1984-1987, 2083, 2223, 2408, 2409 und 2492-2496.
2. Mit der Änderung des Bebauungsplanes durch Ausweisung eines SO-Gebietes soll die Ansiedlung von Einzelhandel mit Bekleidung/Schuhe bauplanungsrechtlich zugelassen werden. Durch die Einbeziehung der für den Fabrikverkauf erforderlichen Flächen des Textilbetriebes in die Gewerbegebietsfestsetzung sollen die Voraussetzungen zur Sicherung des Betriebsstandorts geschaffen werden.
3. Zugleich soll durch entsprechende Festsetzungen und Begrenzungen zur Einzelhandelsnutzung einer möglichen städtebaulichen Fehlentwicklung auf dem gesamten Betriebsgrundstück planungsrechtlich entgegengesteuert werden.
4. Der westliche und nordwestliche Teilbereich des jetzigen Betriebsgeländes soll einer Wohnnutzung zugeführt werden.
5. Die Beteiligung der Bürger gem. § 3 I BauGB (vorgezogene Bürgerbeteiligung) soll in Form einer Bürgerversammlung erfolgen. Die öffentliche Auslegung erfolgt gem. § 3 II BauGB.

6. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 I BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
7. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt gem. § 8 III BauGB im Parallelverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes.

TOP 11: Anträge

11.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.06 betr. „Stiftung Kulturlandschaft Kreis Borken“ (Sitzungsvorlage Nr. 80209)

Ergänzend begründet die **SPD-Fraktion** ihren Antrag damit, dass von den ursprünglich 97.000 Ökopunkten für die Gemeinde Südlohn aufgrund der Innanspruchnahme zurzeit nur noch rund 31.000 Ökopunkte vorhanden sind. Eine mögliche Kooperation mit der Stiftung „Kulturlandschaft des Kreis Borken“ könnte damit sinnvoll werden.

Aufgrund des Hinweises des **Bürgermeisters**, dass in einer früheren Sitzung bereits Herr Dr. Ickemeyer von der Biologischen Station Vreden-Zwillbrock die Stiftung „Natur und Landschaft des westlichen Münsterlandes“ vorgestellt hat, besteht auf Nachfrage Einvernehmen, dass aufgrund des Antrages der **SPD-Fraktion** der Leiter der unteren Landschaftsbehörde beim Kreis Borken zu einer der nächsten Sitzungen des Bau-pp.-Ausschusses eingeladen wird, um die Stiftung „Kulturlandschaft Kreis Borken“ vorzustellen.

11.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.06 betr. Namensänderung der Mehrzweckhalle Oeding (Sitzungsvorlage Nr. 80210)

Ergänzend teilt die **SPD-Fraktion** mit, dass sie den Namensvorschlag „Bruder-Johannes-Halle“ aufgrund des kurz vor dem Sitzungstag erfolgten Todes des ehemaligen Bundespräsidenten als möglichen Namensgeber zurückzieht. Um die Mehrzweckhalle zukünftig besser am Markt positionieren zu können, sieht die Fraktion eine Namensgebung als notwendig an, mit der die Ausstrahlung über die Gemeindegrenzen hinaus dokumentiert wird.

Nach Auffassung des **BM** sollte der Rat über diesen Antrag und damit über eine mögliche Namensgebung nicht kurzfristig beschließen. Stattdessen sollte über einen Ideen- oder Namensgeberwettbewerb, ausgerichtet vom SOMIT e.V., der Bürger beteiligt werden.

Nicht nur aus Marketinggesichtspunkten sieht die **CDU-Fraktion** eine Namensgebung für die Mehrzweckhalle als gut und sinnvoll an, mit der der Halle nach rund 30 Jahren eine neue Identität gegeben werden könnte. Allerdings warnt auch sie vor einem Schnellschuss und regt eine breite Bürger- und Vereinsbeteiligung an. Die Erkenntnisse aus dem vom **BM** vorgeschlagenen Ideenwettbewerb sollten dann im zuständigen Betriebsausschuss vorberaten werden, bevor der Gemeinderat dann abschließend hierüber entscheidet.

RM Schlechter mahnt an, nicht dem allgemeinen Trend zu folgen, und die Mehrzweckhalle nicht mit einem Sponsoren-Namen zu versehen.

Nach Auffassung der **UWG-Fraktion** sollten in diesen Ideenwettbewerb auch die seinerzeitigen Initiatoren der Halle und die Schützenvereine eingebunden werden.

Wenn über eine neue Konzeption für die Mehrzweckhalle beraten wird, dann sollte nach Auffassung von **RM Schleif** auch die bisherige Konkurrenz der Nutzungen bedacht und

diskutiert werden. In diesem Zusammenhang wäre es nach seiner Auffassung wichtig zu erfahren, wie die Bürger zukünftig die Nutzungsschwerpunkte der Mehrzweckhalle sehen.

Auf Nachfrage des **BM** wird breite Zustimmung dazu festgestellt, dass der SOMIT e.V. einen Ideenwettbewerb durchführt und die Namensvorschläge anschließend im Betriebsausschuss vorberaten werden bevor der Gemeinderat abschließend hierüber berät und befindet.

11.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 23.01.06 betr. Anforderungskontakt für die Fußgängerampel „Winterswyker Straße/Im Esch“ in Oeding (Sitzungsvorlage Nr. 80216)

Die **UWG-Fraktion** begründet ergänzend ihren Antrag damit, dass durch die beantragte Schaffung eines Anforderungskontaktes eine Erhöhung der Wohnqualität und der Sicherheit für die Anwohner und Verkehrsteilnehmer angestrebt wird. Denn aufgrund der neuen Wohngebiete im Norden Oedings und aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens auf der L 558 ist eine sicherere und zügigere Auffahrt auf die L 558 notwendig.

Der **BM** erinnert daran, dass die Angelegenheit in der Vergangenheit bereits mehrfach Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung gewesen ist. Er schlägt vor, den vorliegenden Antrag in der nächsten Sitzung des Bau-pp.-Ausschusses zu beraten. Zusammen mit diesem Antrag wird dann die vorliegende Historie ebenfalls in einer Sitzungsvorlage dargestellt.

TOP 12: Mitteilungen und Anfragen

12.1 Veranstaltungsübersicht zur 775-Jahrfeier 2006

Allen **Ratsmitgliedern** liegt eine Veranstaltungsübersicht mit den Veranstaltungen und Terminen des Jahres 2006 vor. In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass ständig noch Veranstaltungen hinzukommen bzw. sich ändern, so dass diese Veranstaltungsübersicht nur vorläufigen Charakter haben kann.

12.1 Beschwerdemanagement bei der Gemeindeverwaltung

Aufgrund des Antrages von **RM Schleif** vom 11.10.05, beraten in der Sitzung des Gemeinderates am 26.10.05, wurden jetzt die Zugriffe auf der gemeindlichen Homepage innerhalb des virtuellen Rathauses nach Produkten und Dienstleistungen zusammengestellt.

Der Bereich Anregungen, Ideen und Beschwerden erhielt über 12 Monate 601 Aufrufe, gefolgt von dem Produkt Abfallbeseitigung mit 273 und der Bereich Eheschließung/Trauung mit 202 Aufrufen. Auch bei anderen Betrachtungszeiträumen war diese Rangfolge festzustellen.

12.3 Ortsumgehung Oeding innerhalb der integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) des Landes NRW

Das Land NRW hat die bislang vorliegenden Erkenntnisse aus der integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) neu gewichtet und dem Regionalrat zur Stellungnahme vorgelegt.

In einer Sondersitzung hat der Regionalrat am 31.01.2006 den regionalen Vorschlag zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan aufgrund einer vorangegangenen Empfehlung der Verkehrskommission des Regionalrates erstellt.

Danach hat die Ortsumgehung Oeding in der Gruppe A (sehr wichtige Maßnahmen) den 4. Platz nach den geplanten Ortsumgehungen Castrop-Rauxel/Merklinde, Lengerich/Lienen und Ascheberg/Herbern erhalten.

Auf ergänzende Nachfrage von **RM Battefeld** wird bestätigt, dass mit dieser Einstufung die Ortsumgehung Oeding nun die begründete Aussicht auf zügige Umsetzung erhalten hat.

12.4 Einrichtung eines Bürgerbusverkehrs Südlohn-Oeding

Nach erfolgter Ausschreibung wurde jetzt das für die Einrichtung des Bürgerbusverkehrs Südlohn-Oeding benötigte Fahrzeug durch die WVG/RVM in Absprache mit dem Bürgerbusverein und der Gemeinde bestellt. Es wird als Basisfahrzeug ein VW LT 35 Hochraumkastenwagen zum Einsatz kommen, der für den Bürgerbusbetrieb jedoch um- und ausgebaut werden muss. Die Kosten des Fahrzeuges belaufen sich auf brutto 49.683,28 €. Abzgl. eines der RVM bewilligten Landeszuschusses und eines vom Kreis Borken in Aussicht gestellten Zuschusses in Höhe von 5.000,- € verbleibt ein Restanteil in Höhe von voraussichtlich 14.683,28 €, der gemäß Grundsatzbeschluss des Gemeinderates von der Gemeinde zu übernehmen ist.

Das Fahrzeug wird voraussichtlich nach Ostern d.J. zur Verfügung stehen, so dass der Bürgerbusbetrieb Ende April/Anfang Mai aufgenommen werden kann, sofern bis dahin zumindest eine vorläufige Linienkonzession für die Strecke Stadtlohn-Südlohn-Oeding-Kotten/NL vorliegt und die ergänzenden Haltestellen eingerichtet worden sind. Die entsprechenden Anträge hierzu werden z.Z. erstellt. Ebenfalls werden z.Z. die weiteren Details zwischen der RVM und dem Bürgerbusverein abgestimmt.

Auf ergänzende Nachfrage von **RM Schleif**, warum die Ausschreibung nicht über die KDG erfolgt ist, wird ergänzt, dass die Beschaffung von der RVM als künftiger Konzessionsinhaber und nicht von der Gemeinde erfolgen musste.

12.5 Projekt „Kunst im Kreisel“

Nachdem der Kreis Borken seine Zustimmung zur Aufstellung des geplanten Kunstwerkes erteilt hat, teilt der Arbeitskreis gegen Rechts jetzt mit, dass in Kürze mit den Fundamentierungsarbeiten für das Kunstwerk im Kreisverkehr Ramsdorfer Straße/K 14 begonnen werden soll.

12.6 Fortsetzung des Gemeindemarketingprozesses

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 14.12.2005 fand am 23.01.2006 ein gemeinsames Gespräch mit den Gesamtvorständen beider Werbegemeinschaften, den in Südlohn und Oeding ansässigen Hoteliers, dem SOMIT e.V., sowie der Gemeinde statt. Hierbei wurde festgestellt, dass die in den vergangenen Monaten häufig fehlende Kommunikation vor allem zu Reibungsverlusten und verschiedenen Meinungen hinsichtlich der Ausrichtung und der Arbeit des SOMIT e.V. geführt hat, was nun verbessert werden soll.

Ferner bestand Einvernehmen, dass der Bemessungszeitraum von ca. 8 Monaten zu kurz ist, um abschließend Bilanz ziehen zu können. Von daher soll der Beobachtungszeitraum um ein Jahr bis Ende Febr. 2007 verlängert werden, um rechtzeitig vorher Bilanz ziehen zu können.

Zur Erstellung der eingeforderten Handlungs- und Leitziele sollen in nächster Zeit kleinere Gruppen (Arbeitskreise) gebildet werden, in denen Details besprochen und Konzepte zu den verschiedenen Handlungsfeldern erarbeitet werden, die dann zur kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung vom Vorstand des SOMIT e.V. als gemeinsame Handlungs- und Leitziele definiert und dem Gemeinderat vorgestellt werden.

12.7 Einrichtung eines Unternehmerforums

Gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.2005 fand am 26.01.2006 ein Gespräch mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie dem SOMIT e.V. statt. Danach hat sich die WFG bereit erklärt, die Gemeinde und den SOMIT e.V. bei der Einrichtung eines entsprechenden Unternehmerforums zu unterstützen.

Aufgrund der anderenorts gemachten Erfahrung ist jedoch die Bereitschaft der örtlichen Gewerbetreibenden zur Beteiligung notwendig, um dauerhaft einen Wirtschaftsstammtisch oder ähnliches einzurichten. Ein gemeinsamer Termin für ein 1. Unternehmerforum konnte bislang noch nicht zwischen der Gemeinde und den beiden Werbegemeinschaften abgestimmt werden.

12.8 Durchführung einer Schillerlesung im Turmhaus in Südlohn

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde von der **SPD-Fraktion** angeführt, dass die im vergangenen Jahr im Turmhaus stattgefundene Schillerlesung nur deshalb dort durchgeführt wurde, weil hierfür nach Meinung aus dem Rathaus im Haus Wilmers kein entsprechender Bedarf gesehen wurde.

Eine Prüfung wird zugesagt.